

Vorlage Nr.:

Verantwortlich: **Dez. 3**

Dienststelle: **Jobcenter**

## Ombudsstelle Jobcenter Stadt Karlsruhe

### Beratungsfolge dieser Vorlage

Gremium	Termin	TOP	ö	nö	Ergebnis
Sozialausschuss	16.03.2022	1	x		

### Information

Der Sozialausschuss nimmt Kenntnis.

Finanzielle Auswirkungen	Ja <input type="checkbox"/> Nein <input checked="" type="checkbox"/>			
<input type="checkbox"/> <b>Investition</b> <input type="checkbox"/> <b>Konsumtive Maßnahme</b>	Gesamtkosten: Jährliche/r Budgetbedarf/Folgekosten:		Gesamteinzahlung: Jährlicher Ertrag:	
<b>Finanzierung</b> <input type="checkbox"/> bereits vollständig budgetiert <input type="checkbox"/> teilweise budgetiert <input type="checkbox"/> nicht budgetiert	<b>Gegenfinanzierung durch</b> <input type="checkbox"/> Mehrerträge/-einzahlung <input type="checkbox"/> Wegfall bestehender Aufgaben <input type="checkbox"/> Umschichtung innerhalb des Dezernates		Die Gegenfinanzierung ist im Erläuterungsteil dargestellt.	
CO <sub>2</sub> -Relevanz: Auswirkung auf den Klimaschutz Bei Ja: Begründung   Optimierung (im Text ergänzende Erläuterungen)	Nein <input checked="" type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	positiv <input type="checkbox"/> negativ <input type="checkbox"/>	geringfügig <input type="checkbox"/> erheblich <input type="checkbox"/>
IQ-relevant	Nein <input checked="" type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	Korridortheema:	
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)	Nein <input checked="" type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	durchgeführt am	
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften	Nein <input checked="" type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	abgestimmt mit	

## **Ergänzende Erläuterungen**

Resultierend aus einem Antrag der GRÜNE Gemeinderatsfraktion, die Stadtverwaltung möge sich für die Einrichtung einer Ombudsstelle für das Jobcenter Stadt Karlsruhe starkmachen, wurde in der Gemeinderatssitzung vom 19.11.2019 beschlossen, dass die Verwaltung das Thema in die Trägerversammlung der gemeinsamen Einrichtung einbringt. Sowohl die Trägerversammlung als auch der Beirat der gemeinsamen Einrichtung hatte sich in der Folge mit der Thematik beschäftigt. Man war übereingekommen zu prüfen, ob die Ombudsfunktion an das Arbeitslosenzentrum IKARUS angegliedert werden könnte, sofern ein entsprechender Bedarf gesehen wird.

Ausgehend von den Ergebnissen des Sozialausschusses vom 3. März 2021 wurde beim Jobcenter Stadt Karlsruhe und beim Arbeitslosenberatungszentrum IKARUS eine Betrachtung dahingehend durchgeführt, wie viele Fälle im Zeitraum 1. August 2021 bis einschließlich heute identifiziert werden konnten, welche die Kriterien eines potentiellen Ombudsfalles erfüllen würden. Im Ergebnis waren dies insgesamt 5 Fälle. Diese sehr niedrige Anzahl resultiert daraus, dass es in Karlsruhe bereits gute und etablierte präventive Strukturen gibt, die auch sichtbar greifen. Die Zusammenarbeit zwischen dem Jobcenter Stadt Karlsruhe und IKARUS ist bereits im Antragsstadium eng und vertrauensvoll. So können Konfliktpotentiale schon früh erkannt und entschärft sowie Missverständnisse oder Fragestellungen der Kunden\*innen aufgelöst werden. Mit der Implementierung einer Ombudsstelle würde damit lediglich eine Doppelstruktur für wenige Einzelfälle geschaffen werden. Die Verwaltung schlägt vor, die Entwicklung über das laufende Jahr weiter zu beobachten.